



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VII/149 - 2.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Ratifikation im USA-Senat	S. 1
Die Schwäche der französischen KP	S. 3
Um die Passkontrolle	S. 5
Zur bevorstehenden Erhöhung der Postgebühren	S. 6
Menschenverschleiss in der Sowjetzone	S. 7

Das "Ja" aus Washington

(sp) Bekommt das Bild der vielen Ungewissheiten über den Ablauf der politischen Geschehnisse in der nächsten Zeit durch die Ratifizierung des Generalvertrages in Washington ein Gesicht mit festeren Umrissen? Das ist kaum anzunehmen, weil der Ursprung jener Unsicherheit weit mehr in Europa als in USA liegt, wenn man von den Präsidentschaftswahlen absieht.

Der Bundeskanzler hat die Ratifizierung durch den Senat ein "leuchtendes Beispiel" für die europäischen Parlamente genannt. Nun - der Deutschlandvertrag ist nicht von der Art, dass es irgendeinem amerikanischen Politiker hätte schwer fallen müssen, ihm zuzustimmen. Das Besatzungsregime erfährt zwar einige für die Bundesrepublik günstige Korrekturen. Aber die letzte Entscheidungsgewalt in Deutschland wurde mit vertraglicher Zustimmung der deutschen Regierung abermals bei den Besatzungsmächten, auch wenn sie formell keine mehr sein werden, installiert. Auch hat der amerikanische Außenminister Acheson erst kürzlich wieder erklärt, die Vereinigten Staaten hätten durch die Unterzeichnung der Verträge keine neuen Verpflichtungen übernommen, auch nicht zum automatischen Eingreifen im Falle eines bewaffneten Konfliktes, sondern lediglich zu einer schnellen Konsultation mit den anderen Alliierten und der Deutschen Bundesrepublik.

In der Debatte in Washington war Hauptredner Senator Con-

nally. Er hat sich dabei auch mit der deutschen Wiedervereinigung befasst und den Standpunkt der deutschen Regierung vertreten, die Verträge seien "ein bedeutsamer und wichtiger Schritt in dieser Richtung". Mehr als die Behauptung, dass das so sein werde, das heisst also irgendwelche überzeugenden Argumente für seine These, hat er freilich nicht beigebracht. Dafür erinnert man sich in diesem Zusammenhang zahlreicher amerikanischer Stimmen aus jüngster Vergangenheit, die mit der drüben so verbreiteten brutalen Offenheit auf die Vorteile hinwiesen, die eine einstweilige Fortsetzung der Spaltung Deutschlands auch für gewisse Aspekte der amerikanischen Politik haben würde. Dass solche Bemerkungen in der Senatsdebatte über den sogenannten Deutschlandvertrag keinen Platz hatten, versteht sich von selbst.

Die amerikanische Politik trifft in Europa nach wie vor auf viel Misstrauen. Nicht im Hinblick auf die Aufrichtigkeit der Gesinnung, wohl aber im Hinblick auf die Zweckmässigkeit der Methoden. Wenn Senator Conally erklärt hat: "Die Heftigkeit der sowjetischen Reaktion auf diese Verträge zeigt, wie sehr die Kommunisten sie fürchten", so stellt sich doch die Frage, ob es vernünftig ist, die politische Zweckmässigkeit eines internationalen Vertrages so weitgehend danach, und zwar günstig, zu beurteilen, wie sehr er von der Sowjetunion abgelehnt wird. Das ist die innere Einstellung, die in den Teilen Europas, die dem russischen Zugriff jederzeit ausgesetzt sind, immer wieder schwere Bedenken hervorzurufen.

Neben dem Generalvertrag hat der Senat gewiss auch der Sicherheitsgarantie für die Länder der EVG zugestimmt. Darin liegt eine zusätzliche Sicherung gegenüber den bisherigen Zusagen, wie sie seit der New Yorker Konferenz im Herbst 1950 mehrfach wiederholt worden sind. Aber es wäre ein Irrtum, anzunehmen, dass damit von vornherein ein wesentlicher positiver Beitrag für die Lösung der Frage gefunden wurde, die Deutschland am brennendsten interessiert, die der Wiedervereinigung. Näheren Aufschluss darüber wird erst die Antwort der Westmächte auf die letzte Note der Sowjetunion geben.

Krise der Extremen

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Die beiden Extreme der französischen Politik sind in Gärung. Die Kommunisten wie die Gaullisten sind von einer Krise betroffen, die akute Formen angenommen hat. Die beiden Vorgänge sind von äusserster Wichtigkeit, wenn sie auch unmittelbar nicht die gleichen Auswirkungen haben. Die Krisenzone des Gaullismus befindet sich in seiner Parlamentsgruppe. Sie hat deshalb direkte parlamentarische Folgen und bestimmt das Schicksal der an der Macht befindlichen Regierung. Die gegenwärtige Krise der Kommunistischen Partei hat eine andere Form und andere Rückwirkungen. Sie zieht sich quer durch die Partei, erfasst den Geisteszustand der Mitglieder wie der Sympathisierenden, indem sie vor ihnen das Problem der gesamten Zielsetzung stellt. Wenn sich diese Entwicklung auch nicht besonders im Parlament auswirkt, wo die Kommunisten schon seit Jahren als regierungsbildender Faktor ausgeschieden sind, so ist sie nichtadestoweniger in Anbetracht der zahlenmässigen Stärke der KPF von grösster Bedeutung.

Die Krise ist im Anschluss an das Fehlschlagen der gegen die Verhaftung von Duclos versuchten Streiks ausgebrochen. Beteiligte sich an der Demonstration gegen Ridgway nur eine Minderheit selbst der Parteimitglieder, so gelang den Kommunisten nicht einmal, eine grössere Zahl von Arbeitern in die Streiks zu treiben. Und dabei wurde kein Mittel unversucht gelassen. Die ihnen gehörige Gewerkschaft CGT wurde mobilisiert, um einen unbefristeten Generalstreik durchzuführen. Das Fiasko dieses Unternehmens wurde in einen Sieg umgedichtet. Der radikale Kurs wurde von der eigenen Frau Thorez', Jeanette Vermeersch, theoretisch begründet, indem sie den Kampf gegen die Gesamtheit der Bourgeoisie forderte - entgegen dem bisherigen Werben gegen die USA - und den "Friedenskampf" dem Vorrang gegenüber den sozialen Problemen gab. Die Tagung des Zentralkomitees hat mit dieser Linie aufgeräumt. Und Frau Vermeersch musste ihre "Fehler" offen zugeben. Natürlich wurde die "Selbstkritik" wie gewöhnlich nur halb und unehrlich durchgeführt. Es wurde verschwiegen, dass die Haltung der Vermeersch die Politik der gesamten Partei ausgedrückt hatte und dass man sie nur für falsch hält, weil sie

mit einem Schiffbruch endete.

Nach der linken Wendung ist jetzt eine neue nach "rechts" erfolgt. Von neuem ertönen Einheitsangebote an die Sozialisten und die christlichen Gewerkschaften, und von neuem soll versucht werden, einen "Keil in die Bourgeoisie" zu treiben. Aber was wird sein, wenn das nicht, wie in der Vergangenheit, gelingt? Wielange wird die KP ihre Millionen von Wählern in der Isolierung vertrösten können? Die Vertrauenskrise ist bereits ernst genug. Bei allen Betriebsdelegiertenwahlen gab es Verluste von 10 bis 20 %, selbst in dem "Musterbetrieb" Renault. Eine richtige Politik der Sozialisten kann diese Krise steigern. Die Polizeirepression kann es nicht.

Die Krise des RPF^{-de Gaulles} hat bereits dramatischere Formen angenommen. Hier handelt es sich um Verluste, wie bei einer Pariser Ersatzwahl, die seit einem Jahr die Hälfte der Wähler zu den alten konservativen Parteien zurückgebracht haben. Das "Experiment Pinay" hat aber nicht nur die Sympathie der gaullistischen Wähler, sondern auch eines grossen Teils der Parlamentsfraktion gefunden, die in drei gleiche Teile zerfallen ist. Das ist ein schlechter Anblick für eine Bewegung, die auszog, Frankreich zu "sammeln". Seitdem 40 Abgeordnete die Disziplin brachen und die Regierung Pinay ermöglichten, ist der Kampf zwischen diesen Konservativen und den Getreuen des Generals im Gange. Heftige Briefe wurden öffentlich ausgetauscht.

Die Opposition weigerte sich bis jetzt, dem autoritären "Führer" zu Füssen zu kriechen. Sie will aus der hochmütigen Isolierung, die de Gaulle gleich den Kommunisten gewählt hat, heraus und "das System von innen verbessern". De Gaulle will dieser Meuterei nun ein Ende machen. Es ist unwahrscheinlich, dass er damit den Bestand seiner Bewegung rettet. Die Differenzen sind zu gross. In seinen Reihen überwiegen die Besitzbürger, die vom bestehenden Regime und seinen konservativen Wandlungen immer stärker angezogen werden. Ausserdem kann die Opposition bereits auf die positiven Resultate ihrer Zusammenarbeit mit Pinay hinweisen, die sich in seinem wachsenden Widerstand gegenüber der Europaarmee umsetzen. Ohne dramatische Zuspitzung der Ereignisse ist an eine "Machtergreifung" de Gaulles nicht zu denken.

Die Visitenkarte

Die Streitigkeiten des Bundesinnenministers mit der CDU-Fraktion über die Frage der Ausübung der Passkontrolle lassen erneut die Gegensätzlichkeit der Auffassungen über die praktische Gestaltung eines demokratischen Staatswesens in dieser Partei deutlich werden. Herr Dr. Lehr will unbedingt durchsetzen, dass "seine Männer" vom Bundesgrenzschutz, "denen er ab und zu mal ins Auge blicken will", neben die Zollbeamten postiert werden und diese Aufgabe übernehmen.

Bei dieser Frage sollten aber nicht so sehr Sicherheitsüberlegungen, sondern in erster Linie psychologische Momente und dabei vor allem die Empfindungen der Ausländer eine Rolle spielen. Sie erhalten von der Behandlung und Abwicklung des Grenzverkehrs am Schlagbaum den ersten und letzten Eindruck ihrer Reise nach Deutschland. In der Vergangenheit - und dabei nicht nur während der Nazizeit - war er vielfach Anlass zu berechtigter Kritik.

Die Grenzbeamten waren zu der Zeit, als nach dem 1. Weltkrieg der Reiseverkehr wieder einsetzte, zu einem sehr grossen Teil als Versorgungsanwärter aus dem Militärdienst hervorgegangen und übertrug infolge ihrer langen Gewöhnung und Praxis den Kommissar auf den Dienst am Schlagbaum. Sie waren deshalb nicht nur ein beliebtes Angriffsziel ausländischer satirischer Zeitschriften, sie vermittelten in der Tat vielfach den Eindruck, als wenn ganz Deutschland ein Kasernenhof sei. Der schlechte Ruf vom "militärischen Deutschland" wurde durch diese Erscheinungen genährt. Es besteht deshalb keine Veranlassung, wieder ähnliche Zustände heraufzubeschwören.

Wenn der Grenzschutz auch nicht der Nachfolger der Reichswehr ist - obwohl der Bundesinnenminister, nach seinen Handlungen zu schliessen, manchmal mit diesen Gedanken spielt - vollzieht sich seine Ausbildung entsprechend seiner Sicherungsaufgabe auch nach militärischen Grundsätzen. Es bestände deshalb die Gefahr, wenn ihm die Passkontrolle übertragen wird, dass erneut bei den ausländischen Gästen der gleiche Eindruck entsteht, der unserem Ansehen schon einmal so viel geschadet hat.

Die Passkontrolle ist in erster Linie eine zivile Verwaltungsaufgabe, somit aber auch eine Visitenkarte der Behörden unseres Landes und sollte deshalb als sichtbarster Ausdruck der Abkehr vom "militaristischen" Staat nach zivilen Grundsätzen aufgebaut und gehandhabt werden.

+ + +

Zwei weniger, fünf mehr

H.K. Nach mindestens einjährigem, schwerem Leiden unternimmt jetzt die Bundespost den zweiten Versuch, ihre seit Kriegsende ohnehin verdoppelten Gebührensätze weiter zu erhöhen. Darauf deuten schon die posteigenen Bemühungen um publicity für das neue finanzielle Sanierungsunternehmen hin. Ist es den Spitzen dieser Behörde schon in der Zeit seit der Berliner Blockade nicht gelungen, die Notopfermarke, die zusätzlich über die Zunge gezogen werden musste, in einer einzigen Marke für Postkarte oder Briefe - also durch Schaffung einer 12- bzw. 22-Pfg-Marke - "unterzubringen" (was sie dann kaum noch ärgerlich gemacht hätte), so scheuten erste Hinweise auf die neuen Posttarife nicht vor dem schrulligen Köder zurück, das "Notopfer" würde nun abgeschafft. Auf dass man eine Sekunde lang dem Wahn verfallt, die Versendung von Karten und Briefen würde nun billiger.

Tatsächlich entfällt künftig das hässere Erscheinungsbild der Notopfermarke, was dann so aussieht, als koste der Brieftransport "nach auswärts" künftig nur noch 20 Pfg. Tcha, aber die Bundespost ist ja so raffiniert! Nach dem alten Kirmestrick mit der Dame ohne Unterleib spiegelt sie auf der einen Seite zwei weg und kitzelt auf der anderen Seite fünf neue hinzu - Pfennige nämlich. Und damit niemandem zu wohl wird, steht die Erhöhung der Fernsprechgebühren auch bevor. Der Fernsprechgebühren wohl gemerkt, die seit 1945 schon einmal nahezu verdoppelt wurden, und der Ortgespräche, die unter der infatilen Begründung, die Anbringung von 5-Pfg-Schlitzern sei unrentabel, nicht, wie es schlimmstenfalls sein dürfte, 10 plus 5 Pfg, sondern zweimal 10 Pfg, im bundespostalischen Münzfernsprecher kosten. Im normalen kaufmännischen Brauchtum nennt man so etwas Hochstaperei.

Es ist schwer zu sagen, welchen Erfolg sich die Bundespost von ihren neuen Gebühren verspricht. Will sie über die Fehlspekulationen mit zahlreichen neuen Omnibuslinien hinwegkommen, die der Bundesbahn und dem freien Transportgewerbe vergeblich Konkurrenz machen möchten? Sollte die unrentablen Kabelverlegungen "post" hum bezahlt werden, die vorgenommen wurden, weil jedem Antrag auf Anlegung eines Telefons auch in den kleinsten Dörfern stattgegeben wurde, ohne die Hunderttausende von Anlagen zu prüfen, die über die Monats-